

Rüffel für das Bundesamt für Energie

Finanzkontrolle kritisiert Mittelverwendung beim Programm «Energie Schweiz»

Von Alex Reichmuth, Bern

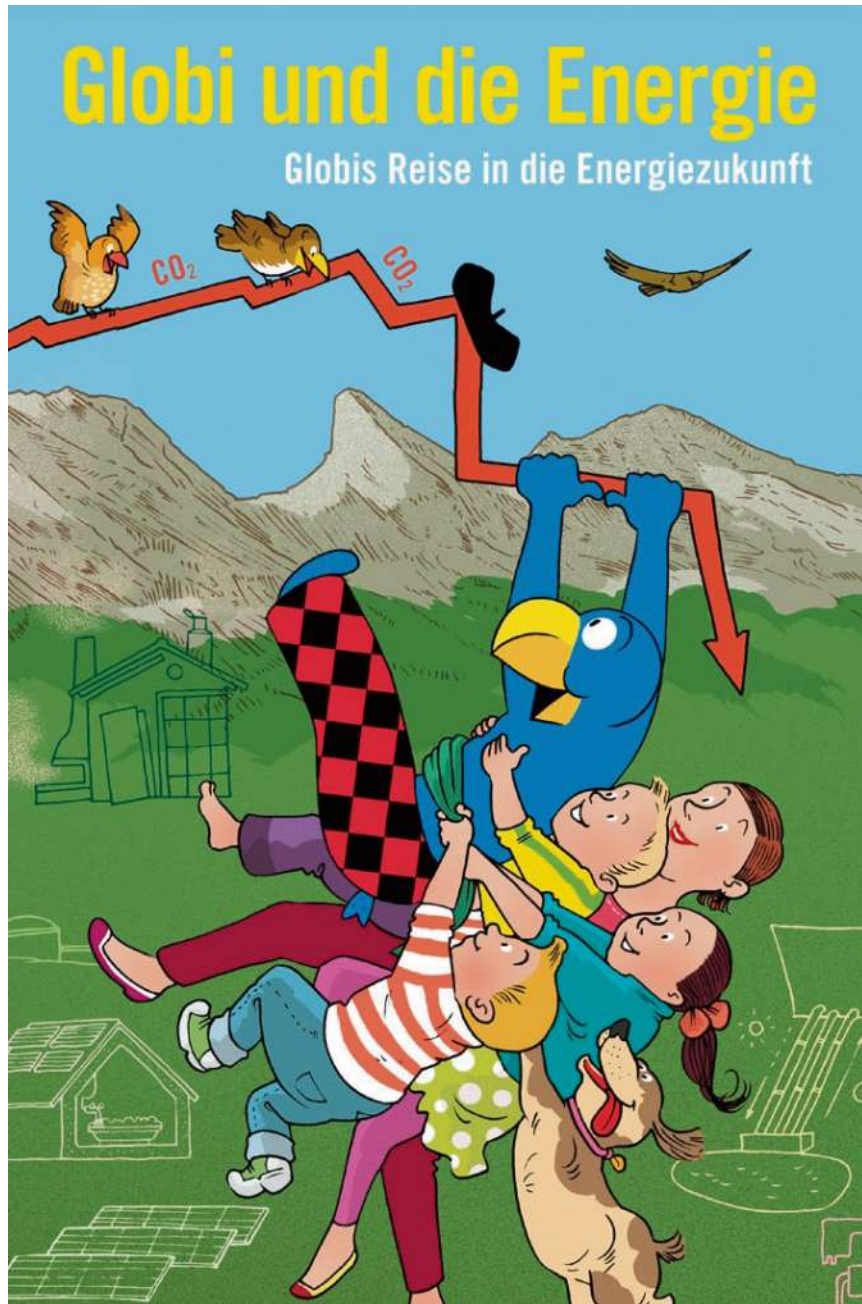
Wenn die Comicfigur Globi dafür wirbt, weniger Fleisch zu essen und Flugreisen zu vermeiden, dann steckt das Bundesamt für Energie dahinter. Über das Programm «Energie Schweiz» hat es mit 50 000 Franken mehr als einen Drittel der Kosten für das 2016 erschienene Buch «Globi und die Energie» beige-steuert. Wenn im Westschweizer Fernsehen in einer 40-teiligen Sommer-serie Moderatoren in einem «Solarbus» unterwegs sind und über Alternativenergie aufklären, so geht dieses Sendeangebot von 2017 ebenfalls auf «Energie Schweiz» zurück. Und wenn die Zürcher S-Bahnen die Temperatur in ihren Waggonen von 22 auf 20 Grad senken, wie im vergangenen Januar angekündigt, so war auch dafür eine Empfehlung von «Energie Schweiz» massgebend.

«Energie Schweiz» ist die Plattform des Bundesamts für Energie (BFE), um freiwillige Massnahmen für mehr Energieeffizienz und mehr erneuerbare Energie zu fördern. Es geht um Beratung, Information und sogenannte Sensibilisierung in Sachen Energiesparen. «Energie Schweiz» veranlasst oder finanziert unter anderem das Gebäudeprogramm, Eco-Drive-Kurse für Autofahrer und die Vergabe des Labels «Energistadt» an Gemeinden.

Befund ist wenig schmeichelhaft

«Energie Schweiz» existiert seit 2001. Im Jahr 2012 beschloss der Bundesrat im Zuge seiner Neuausrichtung der Energiepolitik nach dem Unfall von Fukushima eine Ausweitung des Programms: Seit 2013 stehen jährlich 50 Millionen Franken statt zuvor 30 Millionen bereit. «Energie Schweiz» ist seither eine Sektion des BFE mit einer eigenen Geschäftsstelle. Statt wie vorher vor allem übergreifende, koordinierende Aufgaben wahrzunehmen, betreut «Energie Schweiz» nun die meisten Projekte selber oder vergibt Subventionen an direkte Projektpartner.

Der Fokus von «Energie Schweiz» liegt seit 2013 nicht mehr nur bei Energieberatungen, etwa für KMU, sondern auch bei öffentlichen Aufklärungskampagnen. Kritiker sprechen von Propaganda für die Energiestrategie und für Alternativenergie. 53 Angestellte des BFE arbeiten ganz oder teilweise für das Programm und teilen sich geschätzte 22 Vollzeitstellen.



Sparsamkeit hinterfragt. «Energie Schweiz» hat unter anderem über ein Drittel der Kosten für das Buch «Globi und die Energie» beige-steuert. Bild Daniel Müller © Pro Litteris

Die Eidgenössische Finanzkontrolle als oberste Finanzaufsicht des Bundes hat nun die Mittelverwendung beim Programm «Energie Schweiz» unter die Lupe genommen. Ob die Subventionen und Aktionen in der Sache wirksam sind, war aber explizit nicht Teil der Untersuchung. Der entsprechende Bericht ist gestern publiziert worden.

Der Befund ist wenig schmeichelhaft. Die Finanzkontrolle übt deutliche Kritik an der Durchführung von «Energie

Schweiz». «Die Dossierprüfungen bei Subventionen von «Energie Schweiz» zeigen exemplarisch Schwächen im gesamten Prozess», steht im Bericht. Dadurch werde eine sparsame und effiziente Mittelverwendung infrage gestellt. «Es besteht das Risiko, dass ungerechtfertigte und überhöhte Zahlungen an Subventionsempfänger erfolgen.»

Ein Kritikpunkt betrifft die Vermischung von Subventionierung von beauftragten Institutionen und der

sogenannten Beschaffung bei eigenen Projekten. Bereits 2014 hat die Finanzkontrolle das BFE ermahnt, hier eine saubere Trennung vorzunehmen. Genützt hat es offenbar nicht viel: «Trotz der getroffenen Massnahmen durch das BFE finden sich Geschäfte in der Stichprobe der Finanzkontrolle mit einer Vermischung von Beschaffung und Subvention.» Zum Teil sei die Umsetzung der Massnahmen wegen ungenügender Dokumentation schwer nachvollziehbar.

Zu hohe Subventionsbeiträge

Wie dem Bericht der Finanzkontrolle zu entnehmen ist, schwimmt «Energie Schweiz» offenbar geradezu im Geld. Zumindest bis 2016 sei das Gesamtvolumen der Projekte, die als umsetzungswürdig erachtet wurden, immer unter dem verfügbaren Budget des Programms gewesen. «Damit war das Volumen der Fördergelder faktisch höher als die Nachfrage», so die Finanzkontrolle – was sich negativ auf den Wettbewerb zwischen den Antragstellern ausgewirkt habe. Erst bei der Planung für 2017 habe der Geldbedarf der beantragten Projekte erstmals die bereitstehenden Mittel übertroffen.

Die Finanzkontrolle hat ein Dossier exemplarisch vertieft geprüft: jenes der Subventionierung von Quality Alliance Eco Drive (QAED), der Dachorganisation für ökonomisches Fahrverhalten, der unter anderem die Verkehrsverbände ACS und TCS sowie das Eidgenössische Verteidigungsdepartement VBS angehören. QAED führt Kurse für Automobilisten und Berufsfahrer durch, um diese in kraftstoffsparender Fahrweise zu schulen. Seit 2015 setzt der Verein QAED auch auf öffentliche Informationskampagnen für ökonomisches Fahren.

QAED beantragte für ihre Tätigkeiten für die Jahre 2015 bis 2017 total 3,6 Millionen Franken von «Energie Schweiz» für ihre Tätigkeiten – 38 Prozent ihres gesamten Aufwands. Weil in der Subventionsverfügung des BFE aber nicht transparent zwischen Tätigkeiten von Vereinsmitgliedern und anderen Partnern unterschieden wurde, kommt die Finanzkontrolle zum Schluss, dass 2015 und 2016 «zu hohe Subventionsbeiträge» an QAED ausbezahlt worden seien. «Es ist sicherzustellen, dass durch die Subvention nur ungedeckte Kosten finanziert werden», so die Ermahnung. Zudem sind

laut Finanzkontrolle die kostenlos zur Verfügung gestellten Werbeleistungen eines neuen Kommunikationspartners von QAED für 2017 im Wert von vier Millionen Franken weder in der Jahresplanung noch in der Jahresrechnung ausgewiesen worden.

Es folgt ein noch happigerer Vorwurf: QAED konnte wegen der Treibhausgas-Reduktion als Folge seiner Eco-Drive-Kurse Entschädigungen in Millionenhöhe bei der Stiftung Klimaschutz und CO₂-Kompensation (KliK) beziehen. Dadurch machte QAED 2014 einen Gewinn von über drei Millionen Franken und häufte ein Kapital von fast 3,5 Millionen Franken an. Die «sehr gute wirtschaftliche Leistungsfähigkeit» des Vereins sei im Subventionsgesuch an «Energie Schweiz» aber nicht zum Ausdruck gekommen, stellt die Finanzkontrolle fest. Auch 2015 und 2016 sei die finanzielle Lage von QAED sehr gut gewesen. Laut Finanzkontrolle hätte der Verein darum einen viel grösseren Teil ihrer Projekte selber finanzieren können. Aber: «Das Bundesamt für Energie hat die Höhe der Subventionsbeiträge für das Projekt festgelegt, ohne die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Vereins QAED angemessen zu berücksichtigen.»

Potenzielle Interessenskonflikte

«Energie Schweiz» finanziert laut der Finanzkontrolle zudem klassische Verbandstätigkeit von Dachverbänden, was absolut nicht der Zweck des Programms ist. So habe das BFE zum Beispiel bei Swissolar, dem Fachverband für Solarenergie, den Unterhalt der Webseite und den Betrieb eines Medienbüros erheblich subventioniert. Die Finanzkontrolle ermahnt das BFE, dass die Unterstützung von klassischer Verbandsarbeit «mit einem Absenkpfad mittelfristig aufzuheben» sei.

Die Finanzkontrolle warnt zudem vor potenziellen Interessenskonflikten in der Alternativenergie-Szene: «Meist besteht mit den Geschuftern eine langjährige Partnerschaft.» Die «starke Vernetzung in der Branche» führe «zu weiterer Intransparenz». Gewisse Personen hätten bei Subventionsanträgen, Gesuchsprüfungen und Vergabeentscheidungen mehrere Funktionen.

Liest man den Bericht der Finanzkontrolle, muss man zum Schluss kommen, dass bei «Energie Schweiz» erschreckend sorglos mit öffentlichem Geld umgegangen wird.

Kriegsgeschäfte-Initiative eingereicht

Aktivisten tragen 130 000 Unterschriften zusammen

Bern. Die Nationalbank, Pensionskassen und Stiftungen sollen nicht mehr in Unternehmen investieren, die Kriegsmaterial produzieren. Dies verlangt eine Volksinitiative, deren Unterschriften gestern Donnerstag der Bundeskanzlei übergeben wurden.

Beinahe 130 000 Unterschriften trugen die Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA) und die Jungen Grünen gemeinsam mit dem Bündnis für ein Verbot von Kriegsgeschäften zusammen. 104 902 Signaturen davon konnten schliesslich beglaubigt werden, wie aus einer Mitteilung der Initianten vom Donnerstag hervorgeht.

Rund 150 Personen versammelten sich am Donnerstagmittag auf dem Berner Bundesplatz. Aktivistinnen und Aktivisten halfen mit, die Schachteln vor dem Bundeshaus so aufzubauen, dass auf der Vorderseite das Logo der Initianten sichtbar wurde, ein mit einem Verbotssymbol belegter Panzer, in den eine Dollarnote gestopft wird.

«Sprayer-Grosi» mit dabei

Dann wurden die Kartons auf kleinen, rollenden Papp-Panzern zur Bundeskanzlei gebracht. An vorderster Front marschierte auch die 86-jährige Berner Friedensaktivistin Louise Schneider mit, die 2017 bei der Lancierung der Initiative für Schlagzeilen sorgte.

Die rüstige GSoA-Aktivistin sprayte damals «Geld für Waffen tötet» auf eine Bauplane an der Schweizerischen Nationalbank und wurde verhaftet.



Rollende Papp-Panzer. Auch Luzian Franzini (links), Vizepräsident Junge Grüne, machte bei der Aktion mit. Foto Key

Die Initianten prangern an, dass heute Finanzinstitute Milliarden von Franken in Rüstungskonzernen investieren. Allein die Nationalbank habe laut Initianten Ende 2017 Anteile im Wert von knapp zwei Milliarden Franken an den US-amerikanischen Atomwaffenproduzenten gehalten.

«Mit unserem Rentenvermögen werden Waffen finanziert, die im völkerrechtswidrigen Jemen-Krieg verwendet werden», sagte GSoA-Sekretärin Muriel Waeger. Maja Haus, Co-Präsidentin der Jungen Grünen Schweiz,

betonte, dass die Menschen auf der Strasse «diese Kriegstreiber mit unserem Geld» nicht goutierten.

Gerade auch vor dem Hintergrund des Bundesratsentscheids von letzter Woche, Waffen auch in Bürgerkriegsländer exportieren zu wollen, zeigte sich das Bündnis gegen Kriegsmaterialgeschäfte überzeugt, mit der Initiative den Zeitgeist zu treffen. «Die Bevölkerung will Kriege nicht weiter anheizen, sondern mit Schweizer Friedenshandwerk zu deren Lösung beitragen.»

Neben Vertretern von GSoA und Jungen Grünen gehören dem Initiativkomitee auch Vertreterinnen und Vertreter der SP, des Schweizerischen Friedensrats, der Juso und Privatpersonen wie Jean Ziegler an. Zum Bündnis für ein Verbot von Kriegsmaterialgeschäften gehören Organisationen wie Attac, die Schweizerische Friedensbewegung, Multi Watch oder Friedensfrauen Weltweit.

Handlungsspielraum beschnitten

Gegner sehen in der Initiative einen «ideologisch motivierten Angriff auf das private Eigentum», wie es in einer Mitteilung des Arbeitskreises Sicherheit und Wehrtechnik heisst.

Mit der Annahme der Initiative würde der Handlungsspielraum für institutionelle Anleger beschnitten und die Aufnahme von Fremdkapital für einen Schweizer Industriezweig mit zahlreichen Unternehmen angegriffen. SDA

Nachrichten

Sozialausgaben steigen 2016 um 3,3 Prozent

Bern. Die Ausgaben für Sozialleistungen in der Schweiz sind 2016 um gut fünf Milliarden Franken angestiegen und haben mit 170 Milliarden einen neuen Höchststand erreicht. Entsprechend dem langjährigen Trend wuchsen die Sozialausgaben gegenüber dem Vorjahr real um 3,3 Prozent, wie das Bundesamt für Statistik (BFS) gestern mitteilte. 2016 machten sie 26 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) aus. Grösste Kostentreiber bleiben die Bereiche Alter und Gesundheit: Für das Alter wurden fast 72 Milliarden Franken aufgewendet, was rund 42 Prozent der Gesamtausgaben entspricht. Zweitgrösster Posten ist mit 53 Milliarden Franken (31 Prozent) der Bereich Krankheit und Gesundheitsversorgung. SDA

Belästigung und Stress in Firmen anpacken

Bern. Ist ein Mitarbeiter gestresst oder gibt es im Betrieb Belästigungen, betrachten dies Arbeitgeber eher als individuelle denn als organisatorische Probleme. Es braucht aber mehr arbeitsorganisatorische Massnahmen, um beispielsweise Burn-outs vorzubeugen. Zu diesem Schluss kommt eine gestern publizierte Studie des Staatssekretariats für Wirtschaft (Seco). Demnach erkennen Arbeitgebende eher nicht, dass psychosoziale Probleme wie Stress,

Belästigung und Aggressionen auch von der Organisationsgestaltung her-rühren können. Die Studie verweist jedoch auf wissenschaftliche Berichte, wonach solche Risiken eng mit der Organisation einer Firma verknüpft sind. Und psychosoziale Probleme würden sowohl Mitarbeitenden als auch Arbeitgebern zunehmend Sorgen bereiten. Entsprechend will das Seco die Unternehmen dafür sensibilisieren, Probleme auf dieser Ebene anzupacken und solche Risiken langfristig zu minimieren. SDA

Stilllegungsverfügung für das AKW Mühleberg

Bern. Der Weg ist frei für die erste Stilllegung eines AKW in der Schweiz: Der Berner Energiekonzern BKW hat vom Bund die Stilllegungsverfügung für das Kernkraftwerk Mühleberg erhalten. Das AKW soll am 20. Dezember 2019 vom Netz gehen. Dass das mittlerweile über 46-jährige AKW stillgelegt werden soll, wurde bereits im Jahr 2013 entschieden. «Wir freuen uns, dass wir die Stilllegungsverfügung Mitte 2018 erhalten haben», wird BKW-CEO Suzanne Thoma in einer Mitteilung des Energiekonzerns von gestern zitiert. Die Planung für die Stilllegung und den Rückbau des Kernkraftwerks ist bereits weit fortgeschritten. Die Gesamtkosten für Nachbetrieb, Stilllegung und Entsorgung der radioaktiven Abfälle werden mit gut drei Milliarden Franken veranschlagt. SDA